



**Niederschrift**  
**konstituierende Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz  
und ländliche Entwicklung**

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 04.09.2014
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:20 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

---

**Anwesend sind:**

**Ausschussvorsitzender**

Herr Matthias Lack	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
--------------------	-----------	---------------------

**Ausschussmitglieder**

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	
Herr Marcel Piest	SPD	
Herr Claus Wartenberg	SPD	
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW	
Herr Andreas Walter	Grüne/B90	
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	Vertretung für: Herrn Baron v. d. Osten gen. Sacken, Johannes Bürgerbündnis-FDP

**zusätzliches Mitglied**

Herr Carsten Linke	DIE aNDERE	bis 20.02 Uhr
Frau Dr. Sylke Kaduk	AfD	

**stellv. Ausschussmitglieder**

Herr Horst Heinzel	CDU/ANW	zum TOP 7
--------------------	---------	-----------

**sachkundige Einwohner**

Herr Hans Becker	CDU/ANW	
Herr Benjamin Karl	DIE LINKE	
Herr Stefan Matz	DIE LINKE	
Herr Jan Wendt	DIE aNDERE	bis 18:45 Uhr

**Nicht anwesend sind:**

**Ausschussmitglieder**

Herr Johannes Baron v. d. Osten FDP entschuldigt  
gen. Sacken

**stellv. Ausschussmitglieder**

Frau Anita Tack DIE LINKE entschuldigt

**sachkundige Einwohner**

Frau Carola Walter Bürgerbündnis entschuldigt

**Beigeordnete**

Herr Matthias Klipp Beigeordneter entschuldigt  
Geschäftsbereich 4  
Herr Markus Beck i.V. des Beigeordneten

Gäste:

Herr Kahle (Verkehrsentwicklung – TOP 4.2 und 5.1)  
Herr Kneiding (Stadtentwicklung – TOP5.2)  
Herr Praetzel (Grün- und Verkehrsflächen – TOP 4.3 bis 4.5)  
Frau Jung (Verbindliche Bauleitplanung – TOP4.6)  
Herr Krause (SPD – TOP 7)  
Herr Gessner (Sport- und schulische Dienstleistungen – TOP 7)  
Herr Heinzel (CDU/ANW – TOP 7)

Niederschrift:

Frau Kropp

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
  
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung
  
- 3 Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden
  
- 3.1 Bestellung der Schriftführerin
  
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 4.1 Keine Aushöhlung der Baumschutzverordnung  
Vorlage: 14/SVV/0255  
Fraktion Die Andere
- 4.2 Stadtenergieplanung  
Vorlage: 14/SVV/0262  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
SB (ff)
- 4.3 Verbesserung der Verkehrssicherheit Rudolf-Breitscheid-Straße/Karl-Liebknecht-Straße  
Vorlage: 14/SVV/0272  
Fraktion CDU/ANW
- 4.4 Verkehrsführung im Karree Behlert-/ Hebbel-/ Eisenhartstraße  
Vorlage: 14/SVV/0338  
Fraktion SPD
- 4.5 Änderung der Liegebedingungen für Schiffe an Potsdamer Anlegestellen  
Vorlage: 14/SVV/0635  
Fraktion DIE LINKE
- 4.6 Bebauungsplan Nr. 124 "Heinrich-Mann-Allee/Wetzlarer Bahn", Abwägung und Satzungsbeschluss  
Vorlage: 14/SVV/0649  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.7 Medizinische Versorgung im ländlichen Raum Potsdams  
Vorlage: 14/SVV/0659  
Fraktion SPD
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Radwegmarkierung für die Kurve am Landtag, BE zur Umsetzung des Prüfauftrages 13/SVV/0781  
FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.2 B-Plan Nr. 129 / Maßnahmen zur Kompensation des externen naturschutzrechtlichen Ausgleichsbedarfes (BE zur Umsetzung des Prüfauftrages 14/SVV/0037)  
FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 6 Sonstiges

## 6.1 Verständigung zum Sitzungskalender 2015

### **Protokoll: Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Matthias Lack, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Herr Lack stellt sich kurz vor und bittet die Anwesenden ebenfalls um eine kurze Vorstellung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung**

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 von 7 Ausschussmitgliedern fest.

Der Beigeordnete, Matthias Klipp, ist entschuldigt und wird vertreten von Herrn Markus Beck, Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur.

Zur vorliegenden Tagesordnung informiert der Ausschussvorsitzende, dass heute zusätzlich auch die Bestellung einer Schriftführerin heute erfolgen müsse.

Weitere Hinweise oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht, so dass die Tagesordnung bestätigt wird.

#### **zu 3 Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden**

Der Ausschussvorsitzende erläutert den Wahlmodus gemäß § 40 der Brandenburgischen Kommunalverfassung und bittet um Vorschläge für die Wahl des Stellvertreters.

Herr Jäkel schlägt Herrn Klaus Rietz vor.

Herr Rietz erklärt sich einverstanden.

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass abweichend vom Wahlverfahren gemäß § 39 Abs. 1 Satz 6 BbgKVerf eine offene Wahl durchgeführt werden könne, wenn dies einstimmig gewünscht wird. Die Durchführung einer offenen Wahl wird zur Abstimmung gestellt und erhält mit 7/0/0 Zustimmung.

Die Wahl wird durchgeführt.

**Abstimmungsergebnis zur Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden: 7/0/0**  
Damit ist Herr Rietz zum stellvertretenden Ausschussvorsitzenden gewählt.

Herr Rietz nimmt die Wahl an.

### **zu 3.1 Bestellung der Schriftführerin**

Der Ausschussvorsitzende schlägt Frau Viola Kropp vom Büro des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt vor und bittet um Zustimmung.

Diese erfolgt seitens der Ausschussmitglieder, so dass Frau Kropp als Schriftführerin bestellt wird.

## **zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

### **zu 4.1 Keine Aushöhlung der Baumschutzverordnung**

**Vorlage: 14/SVV/0255**

Fraktion Die Andere

Herr Linke bringt den Antrag ein. Er kündigt an, den Antrag zurück zu stellen, bis die Personalbedarfsplanung und das Ergebnis der ersten Abstimmung im KOUL-Ausschuss erläutert wird.

Herr Beck informiert, dass ein externes Unternehmen mit der Personalbedarfsermittlung beauftragt werden wird.

Die Berichterstattung im KOUL-Ausschuss wird zu zwei Terminen vorbereitet

- Das informelle Beteiligungsverfahren beginnt voraussichtlich in der ersten Oktoberwoche und wird bis zum Jahresende dauern.

Wenn hier erste Ergebnisse vorliegen, könne ein Zwischenstand im KOUL-Ausschuss gegeben werden

- Verlässliche Aussagen zum Personal können erst gegeben werden, wenn die Untersuchungen beendet sind; die Information im KOUL-Ausschuss wird für das 2. Halbjahr 2015 avisiert.

Die Aussagen von Herrn Beck aufgreifend, stellt Herr Linke den Antrag bis zu den angekündigten Berichterstattungen zurück. Dabei setzt er voraus, dass vorher keine Beschlussfassung zur Novellierung der Baumschutzverordnung erfolgt.

Herr Jäkel hält folgende von der Verwaltung beabsichtigten Änderungen in der Baumschutzverordnung für kritisch:

- pauschale Änderung der zu schützenden Bäume von 30 cm auf 60 cm Stammumfang
- Abstandsregelung von Bäumen zu zugelassenen baulichen Anlagen, die der Wohnnutzung dienen von weniger als 400 cm

Den „Freibrief“ für die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten lehnt Herr Jäkel

ab.

**zu 4.2**

**Stadtenergieplanung**

**Vorlage: 14/SVV/0262**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

SB (ff)

Herr Walter bringt den Antrag ein.

Herr Kirsch informiert, dass in der letzten Woche die AG ... gegründet worden ist, die verschiedene Punkte des Antrages bereits berücksichtigt.

Herr Walter bedauert, dass seiner Fraktion keine Einladung zugegangen ist. Dies wird verwaltungsseitig geklärt.

(Die Recherche der Verwaltung im Nachgang der Sitzung ergab, dass sich Herr Kirsch vermutlich auf einen Workshop, an dem er teilgenommen hat, bezog. Dieser wurde im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Urbanistik durchgeführt und stellte bereits die Befragung Potsdamer Investoren dar. Eine AG zum Thema existiert gegenwärtig nicht.)

Herr Jäkel bittet, den Antrag zurück zu stellen.

Herr Kahle (in Vertretung für Herrn Goetzmann) äußert, dass das Anliegen grundsätzlich begrüßt wird. Das Verwaltungsvorgehen geht in dieselbe Richtung. In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (difu) werden die Möglichkeiten geprüft, wie und in welchem Umfang konkrete Festsetzungen in Bebauungsplänen für die Realisierung von Maßnahmen des Klimaschutzes fachlich sinnvoll und rechtssicher integrierbar sind.

Bisher wurden Erfahrungen der Bauleitplanung aus anderen deutschen Städten und von Investoren gesammelt und ausgewertet. Vorgesehen ist ebenfalls die Befragung von in Potsdam aktiven Investoren. Das Ergebnis soll mit der Politik erörtert werden.

In dem neu beschlossenen Flächennutzungsplan und dem Stadtentwicklungskonzept Verkehr sind die Ziele des Klimaschutzkonzeptes bereits berücksichtigt worden.

Der Oberbürgermeister hat mit Wirkung vom Januar 2013 die Stelle des Projektkoordinators „Mobilität und Klimaschutz“ gebildet, mit dem Ziel der koordinierten Umsetzung der Ziele und Maßnahmen der verschiedenen gesamtstädtischen Konzepte und deren Integration in die Entscheidungen zum Haushalt.

Hinsichtlich der Zeitplanung berichtet Herr Kahle, dass die Arbeit mit dem difu bis Ende des Jahres abgeschlossen sein wird, so dass die BE im KOUL-Ausschuss im Dezember 2014 bzw. Januar 2015 erfolgen könne.

Herr Walter stellt den Antrag bis zur angekündigten Berichterstattung zurück.

**zu 4.3 Verbesserung der Verkehrssicherheit Rudolf-Breitscheid-Straße/Karl-Liebknecht-Straße**  
**Vorlage: 14/SVV/0272**  
Fraktion CDU/ANW

Herr Rietz bringt den Antrag ein und ändert die Terminstellung auf Dezember 2014.

Herr Walter informiert, dass ihn die Nachricht erreicht hat, dass eine Bedarfsampel an dem Verkehrspunkt R.-Breitscheid-Str./K.-Liebknecht-Str. nachts abgeschaltet und morgens erst nach 8.30 Uhr wieder zugeschaltet wird. Hier müsse kurzfristig eine Änderung erfolgen, um gerade den Kindern auf dem Weg zur Schule Sicherheit zu gewähren.

Herr Walter wird die Nachricht mit der Bitte um Prüfung bzw. Umsetzung an die Verwaltung weiterleiten.

Herr Karl hinterfragt zwei Lichtsignalanlagen in der Großbeerenstr., Daimlerstr. und Lutherstraße.

Herr Praetzel (Grün- und Verkehrsflächen) informiert, dass im Rahmen der Schulwegsicherung die Mängel abgearbeitet worden sind. Zusätzlich sind in einem Workshop geeignete Maßnahmen zur Erhöhung des Sicherheitsempfindens besprochen worden.

Dem mit dem Antrag beabsichtigten Prüfauftrag wird die Verwaltung nachkommen und das Ergebnis in Form einer Mitteilungsvorlage darstellen. Er kündigt an, dass in die Prüfung auch der Knotenbereich Wattstraße/R.-Breitscheid-Str. einfließen wird.

Der vom Antragsteller geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche technischen Maßnahmen sowie Sensibilisierungsmaßnahmen sich aktuell durch die Verwaltung in der Planung befinden, um die Verkehrssicherheit an den zwei Ampelübergängen der Rudolf-Breitscheid-Straße (Kreuzung Rudolf-Breitscheid-Straße/Karl-Liebknecht-Straße) sowie am Ausgang des S-Bahnhofes Babelsberg (Rudolf-Breitscheid-Straße/Ecke Wattstraße) zu erhöhen. Das Mitteilungsergebnis soll zudem eine Prüfung weiterer möglicher Maßnahmen enthalten, die aus Sicht der Verwaltung die Verkehrssicherheit an den beiden Unfallschwerpunkten verbessern kann. Entsprechende Zeitschienen zur Umsetzung der Maßnahmen sind durch die Verwaltung entsprechend mitzuteilen. Über das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im Mai **Dezember** 2014 zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

**zu 4.4 Verkehrsführung im Karree Behlert-/ Hebbel-/ Eisenhartstraße**  
**Vorlage: 14/SVV/0338**  
Fraktion SPD

Herr Piest bringt den Antrag ein und verweist auf die den Ausschussmitgliedern zugeleitete ergänzte Beschlussempfehlung (Übernahme des Votum SBV-Ausschuss), welche auch vom Antragsteller übernommen worden ist.

Herr Linke bringt zum Ausdruck, dass es auch hier um Schulwegsicherung gehe.

Herr Praetzel (Grün- und Verkehrsflächen) informiert, dass die Verwaltung das Votum positiv aufgenommen habe und sichert zu, die Einbahnstraßenregelung solange beizubehalten, bis das Prüfergebnis von der Verwaltung vorgelegt werden kann.

Der geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die künftige Verkehrsführung im Karree Behlert-/ Hebbel-/ Eisenhartstraße nach Abschluss der Bauarbeiten Friedrich-Ebert-Straße kritisch zu prüfen.

Dabei sollen die Erfahrungen aus der baustellenbedingten Umleitung des Verkehrs ebenso einfließen wie weitere verkehrsrechtlich relevante Kriterien. **Die Prüfung soll auch umfassen, ob es möglich ist, alle entstehenden Einbahnstraßen in diesem Bereich auch in Gegenrichtung für den Fahrradverkehr zu öffnen.**

Art und Zeitraum des Prüfverfahrens soll im Stadtentwicklungsausschuss im September 2014 **Januar 2015** vorgestellt werden. Der Ablauf soll auch den Anwohnern der Viertel vorgestellt und kommuniziert werden, unter Nutzung von Bürgerbeteiligungsverfahren.

Das Resultat des Prozesses soll der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vorgelegt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0  
Stimmhaltung: 1

**zu 4.5 Änderung der Liegebedingungen für Schiffe an Potsdamer Anlegestellen**  
**Vorlage: 14/SVV/0635**  
Fraktion DIE LINKE

Herr Jäkel bringt folgende neue Fassung ein und begründet diese:  
Die StVV möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in den Verträgen für Anlegeberechtigungen an Potsdamer Schiffsanlegestellen folgende Änderungen einzuarbeiten:

1. Das Laufenlassen der Schiffsmotoren wird maximal für Liegezeiten bis zwei Stunden gestattet. Bei längeren Liegezeiten sind verbindlich vorhandene stationäre Stromversorgungsanlagen gegen Entgelt zur Nutzung vorzuschreiben. **Gemeinsam mit der EWP ist zu prüfen, wie und bis wann weitere noch leistungsfähigere Strompoller im Hafen ergänzt werden können, die für die Versorgung großer Kreuzfahrtschiffe erforderlich sind, für die die vorhandenen Strompoller nicht ausreichen. Die betrieblichen und vertraglichen Belange der Weißen Flotte sind in die Prüfung einzubeziehen. Für die Zeit bis zur Realisierung sind Übergangsregelungen für das Anlegen großer Schiffe vorzuschlagen, die die Umweltbelange berücksichtigen.**
2. Die Regeln zur Betankung von Wasserfahrzeugen sind zur Wahrung des Umwelt- und Gewässerschutzes rechtssicher zu ergänzen.
3. **Dem KOUL-Ausschuss bis März 2015 über das Ergebnis der Untersuchungen zu berichten.**

Herr Praetzel (Grün- und Verkehrsflächen) berichtet, dass die Stadt hier keine Möglichkeit habe, rechtlich tätig zu werden. Vertragspartner für die Anlegestellen ist die Weisse Flotte.

Die Betankung erfolgt von der Wasserseite, so dass keine Einflussmöglichkeiten bestehen. Im Gespräch mit der Weissen Flotte für die Liegestellen wurde jedoch darauf aufmerksam gemacht, die Vertragspartner auf die Einhaltung der rechtlichen Normen beim Betanken hinzuweisen.

Bzgl. der Stromversorgung besteht bei einem Kreuzfahrtschiff ein großer Verbrauch; gemeinsam mit der EWP wird geprüft, welche Möglichkeiten bestehen.

Hinsichtlich der Immission erfolgt die Beauftragung zur Messung der Werte. Die Thematik Stromversorgung wird einer Prüfung unterzogen.

Herr Walter stellt für die Fraktion B90/Die Grünen folgenden Ergänzungsantrag:  
Unter Punkt 1 ist nachfolgender Satz einzufügen:

Ein generelles Laufenlassen der Motoren ist bei Liegezeiten, die über das Ein- und Aussteigen von Personen hinausgeht, für Schiffe ohne Dieselpartikelfilter nicht gestattet“.

Herr Praetzel wiederholt, dass es hierfür keine gesetzliche Handhabe gebe, vielmehr müsse auf das Umweltverhalten der Nutzer abgezielt werden.

Herr Beck macht aufmerksam, dass es sich bei dem Betankungsumfall um einen einmaligen Vorgang gehandelt habe. Ursache war hier menschliches Versagen; so etwas wird man nicht ausschließen können. Er ergänzt, dass es für Betankungsvorgänge eine Regelung gibt.

Nach Äußerungen weiterer Ausschussmitglieder zieht Herr Walter den EA der Fraktion B90/Grüne zurück und Herr Jäkel stellt folgenden geänderten Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt **mit dem Betreiber der Potsdamer Schiffsanlegestellen folgende Änderungen** in den Verträgen für Anlegeberechtigungen an Potsdamer Schiffsanlegestellen folgende Änderungen einzuarbeiten **zu prüfen:**

4. Das Laufenlassen der Schiffsmotoren wird maximal für Liegezeiten bis zwei Stunden gestattet. Bei längeren Liegezeiten sind verbindlich vorhandene stationäre Stromversorgungsanlagen gegen Entgelt zur Nutzung vorzuschreiben.

**Gemeinsam mit der EWP ist zu prüfen, wie und bis wann weitere noch leistungsfähigere Strompoller im Hafen ergänzt werden können, die für die Versorgung großer Kreuzfahrtschiffe erforderlich sind, für die die vorhandenen Strompoller nicht ausreichen. Die betrieblichen und vertraglichen Belange der Weißen Flotte sind in die Prüfung einzubeziehen. Für die Zeit bis zur Realisierung sind Übergangsregelungen für das Anlegen großer Schiffe vorzuschlagen, die die Umweltbelange berücksichtigen.**

5. Die Regeln zur Betankung von Wasserfahrzeugen sind zur Wahrung des Umwelt- und Gewässerschutzes rechtssicher zu ergänzen.
6. **Dem KOUL-Ausschuss bis März 2015 über das Ergebnis der Untersuchungen zu berichten.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>6</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

**zu 4.6      Bebauungsplan Nr. 124 "Heinrich-Mann-Allee/Wetzlarer Bahn", Abwägung und Satzungsbeschluss**

**Vorlage: 14/SVV/0649**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Jung (Verbindliche Bauleitplanung) informiert zur Vorlage und geht gemeinsam mit Herrn Beck auf Rückfragen und Hinweise verschiedener Ausschussmitglieder ein.

Herr Jäkel nimmt Bezug auf verschiedene Stellungnahmen öffentlicher Belange, die dem B-Plan nicht oder nur bedingt zugestimmt haben. Er verweist auf Seite 16 Stellungnahme des Landesbetriebes Forst Brandenburg. Darin wird der zusätzliche Verlust von 3,9 Hektar Waldfläche kritisiert und der Verlust von Alt-Eichen und Alt-Kiefern in einem Alter von über 80 Jahren. Er verweist auf Seite 8 Stellungnahme der IHK, die die Herausnahme der geplanten Verlängerung der Wetzlarer Straße und der Bahnquerung kritisiert. Er verweist auf Seite 3 und 4 Stellungnahme des Landesbetriebes Straßenwesen. Darin wird die vorgeschlagene Lösung mit der Wetzlarer Straße kritisiert. Es wird sogar formuliert, dass „aufgrund der offenen Fragen zur Machbarkeit und Finanzierung der vorgelegten Verkehrslösung dem geänderten Bebauungsplan nicht zugestimmt werden kann!“ Auch in der erneuten Stellungnahme vom 23.04.2014 wiederholt der Landesbetrieb Straßenwesen dieses schwerwiegende Urteil mit der Feststellung, dass „aus genannten Gründen der vorgelegten Fassung des Bebauungsplanes nicht zugestimmt werden kann.“ Es ist dargelegt, dass „entstehende Mehrkosten um etwa 8 Millionen Euro durch die Stadt Potsdam zu tragen sind.“ Herr Jäkel erinnert an die große Bedeutung der im FNP und im Verkehrskonzept Potsdam verankerten Verlängerung der Wetzlarer Straße. Er bitte um Auskunft dazu und erklärt, dem Plan solange nicht zustimmen zu können, wie diese schwerwiegenden Argumente nicht ausgeräumt sind.

Herr Kahle berichtet, dass mit dem Landesbetrieb mehrere Gespräche geführt worden sind. Die Stadt hat ursprünglich für den Landesstraßenbedarfsplan vor 5 Jahren eine Machbarkeitsstudie für verschiedene Trassen durchgeführt. Über das Ergebnis und die Empfehlung ist hier im Ausschuss informiert worden. Herr Kahle führt weiter aus, dass der Landesstraßenbedarfsplan keine Linienbestimmung habe, sondern sagt, dass Verkehrsverhältnisse geändert werden sollten. Z.B. die Trassenführung unter der Bahn. In diesem Zusammenhang verweist Herr Kahle auf das Eisenbahnkreuzungsgesetz, welches festlegt, wie die Kostenteilung auf die 3 Beteiligten Stadt, Land und Bahn erfolgt. Die Stadt ist in der Bebauungsplanung weiter als die Landesplanung; die Straßenführung ist möglich, wenn der Bebauungsplan wie vorgelegt beschlossen wird.

Die ungeänderte Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Rahmen der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nr. 124 "Heinrich-Mann-Allee/Wetzlarer Bahn", entschieden (gemäß Anlagen 3 A und 3B).
2. Der Bebauungsplan Nr. 124 "Heinrich-Mann-Allee/Wetzlarer Bahn" wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die dazugehörige Begründung wird gebilligt (Anlagen 4 und 5).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>5</b>
Ablehnung:	<b>1</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

**zu 4.7 Medizinische Versorgung im ländlichen Raum Potsdams**  
**Vorlage: 14/SVV/0659**  
Fraktion SPD

Herr Wartenberg bringt den Antrag ein und informiert über das den Ausschussmitgliedern vorliegende ergänzte Votum des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion, welches vom Antragsteller nicht übernommen wird.

Herr Wartenberg bittet um Änderung des Termines zur Vorlage des Konzeptes von Dezember 2014 in Januar 2015.

Herr Kirsch fragt den Antragsteller, weshalb nur das Klinikum Ernst-v.-Bergmann einbezogen werden soll und schlägt folgende Änderung vor:  
Statt „dem städtischen Klinikum Ernst-von-Bergmann“ ist einzusetzen: „den Kliniken und Krankenhäusern in der Stadt Potsdam“.

Der Antragsteller erklärt, dass er diese Änderung übernimmt.

Der entsprechend geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem städtischen Klinikum Ernst von Bergmann **den Kliniken und Krankenhäusern in der Stadt Potsdam** ein Konzept für die medizinische Versorgung der ländlichen Gebiete Potsdams zu entwickeln. Abgestimmt mit Akteuren des Gesundheitswesens wie Kassenärztlicher Vereinigung, niedergelassenen Ärzten, Pflegediensten und

Apotheken sollen Strukturen geschaffen werden, die medizinische Ansprechpartner für die Menschen vor Ort sichern.  
Das Konzept soll im Dezember 2014 **Januar 2015** der Stadtverordnetenversammlung vorgestellt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:       **7**  
Ablehnung:           **0**  
Stimmhaltung:      **0**

**zu 5           Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 5.1       Radwegmarkierung für die Kurve am Landtag, BE zur Umsetzung des Prüfauftrages 13/SVV/0781**

FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Kahle informiert, dass die Stadtverwaltung mit der Polizei geprüft hat, ob in der Breiten Straße im Bereich des Landtages eine Trennung des Fußgänger- und Radverkehrs erfolgen muss. Zu berücksichtigen ist der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aus dem Jahr 1990, welche sich zur Wiederherstellung des historischen Stadtschlossgrundrisses bekannt hat. Damit ist die entsprechende Gebäudeecke des Landtages festgelegt worden. Die Kompromissfindung war schwierig. Im Ergebnis der Prüfung kann mitgeteilt werden, dass für eine Trennung von Fußgängern und Radfahrern keine Veranlassung besteht, da die Verkehrsflächen derzeit unfallunauffällig sind. Auch ist der bestehende Verkehrsraum nicht ausreichend breit, um Fußgänger und Radfahrer wirkungsvoll und rechtssicher zu trennen. Es ist zu befürchten, dass sich durch die geforderte Trennmarkierung die Situation verschlechtert, da dann jeder Verkehrsteilnehmer auf seine Verkehrsfläche besteht und damit eine Erhöhung der Geschwindigkeit von Radfahrern zu befürchten ist. Von daher ist für diese Situation die Regelung des § 1 StVO anzuwenden, die bei der Teilnahme am Straßenverkehr ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksicht von den Verkehrsteilnehmern erfordert. Zur Erhöhung der gegenseitigen Rücksichtnahme wurden in diesem Bereich zwei Hinweisschilder aufgestellt, die die Verkehrsteilnehmer auffordern, sich mit Rücksicht zu bewegen.

Herr Karl stimmt den Ausführungen von Herrn Kahle aus fachlicher Sicht zu.

Auf die Frage von Herrn Rietz, ob der Beschluss der STVV auch die Prüfung beinhalte, Radwege an anderer Stelle zu führen, erwidert Herr Kahle, dass die Stadt dies nicht für notwendig halte.

**zu 5.2       B-Plan Nr. 129 / Maßnahmen zur Kompensation des externen naturschutzrechtlichen Ausgleichsbedarfes (BE zur Umsetzung des**

**Prüfauftrages 14/SVV/0037)**  
FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Die Berichterstattung ist den Ausschussmitgliedern mit der Einladung zugegangen. Herr Kneiding (Stadtentwicklung) geht anhand von Folien auf diverse Rückfragen und Hinweise der Ausschussmitglieder ein.

**zu 6            Sonstiges**

Herr Beck unterbreitet das Angebot, insbesondere den neuen Ausschussmitgliedern eine kompakte Einführung zu den Themen Stadtentwicklung und Verkehrsentwicklung am 9.9.14 und Bauleitplanung, besonderes Städtebaurecht, § 34 und 35 BauGB am 23.9.14 jeweils um 16.30 Uhr in der 8. Etage im Haus 1, Raum 849 zu geben. Das Angebot ist auch den Mitgliedern des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr in der vergangenen Woche unterbreitet worden.

Den Mitgliedern des KOUL-Ausschusses ist die Einladung bereits im Vorgriff dieser Sitzung per e-mail übermittelt worden. Um eine kurzfristige Reaktion an die in der Einladung angegebene e-mail-Adresse wird gebeten.

**zu 6.1        Verständigung zum Sitzungskalender 2015**

Der Ausschussvorsitzende regt die Überlegung an, ob es vorstellbar wäre, die Sitzungstermine des KOUL-Ausschusses statt an einem Donnerstag an einem Dienstag durchzuführen.

Herr Rietz hält dies für schwierig, da auch der Ausschuss Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr sowie andere Ausschüsse, wie Eingaben- und Beschwerden sowie Bildung- und Sport dienstags tagen.

Herr Kirsch regt an, ggf. die Sitzungen des Ausschusses für Bildung und Sport zu verschieben. Er erinnert, dass auch der Beigeordnete, Herrn Klipp, in früheren Sitzungen den Wunsch geäußert habe, den Donnerstag für die Familie freizuhalten.

Herr Jäkel spricht sich für den Verbleib an einem Donnerstag aus.